



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 836 890

P/XIV/281 - 10. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zur Geheimsache "erklärt"? Von Dr. Adolf Arndt, MdB	87
3	Getrübte Beziehungen Belgrad - Washington Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
4	Mangelndes Taktgefühl Mehr als bürokratisches Unverständnis?	29
4	Ein Leben für die Demokratie MdB Jacob Altmaier 70 Jahre	21
5 - 7	Der moderne englische Sozialismus Aus der Rede Gaitskells auf dem Parteitag der Arbeiterpartei	162

\* \* \*  
\* \*

Zur Geheimsache "erklärt" ?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Zu unser aller Freude sind die beiden Bundeswehripiloten, die sich in die Tschechoslowakei verflogen hatten, wohlbehalten zurückgekehrt. Nachdem der Zwischenfall einen glücklichen Ausgang nahm, und wir davon Abstand gewonnen haben, wird es an der Zeit sein, einige Begleiterscheinungen bedenklicher Art in Ruhe zu erörtern.

Während ihrer Internierung in der Tschechoslowakei schrieben die beiden Piloten Briefe an ihre Angehörigen. Nach Pressemeldungen, die unwidersprochen blieben, hat das Bundesministerium für Verteidigung diese Briefe zunächst "zur Geheimsache erklärt". Es fragt sich, ob das Ministerium hierzu befugt war.

Zu unterscheiden ist zwischen einem Staatsgeheimnis und einem Dienstgeheimnis. Ein Dienstgeheimnis zu bewahren, kann nur der verpflichtet sein, der als Richter, Beamter oder Soldat eine besondere Dienstpflicht übernommen hat. Ein Ministerium kann daher insoweit einem Soldaten oder einem Verwaltungsangehörigen, soweit dies gesetzlich zulässig ist und die Grundrechte gewahrt werden, die Pflicht auferlegen, über ein Dienstgeheimnis zu schweigen. Mit dieser Maßgabe kann ein Vorgang von der zuständigen Behörde zum Dienstgeheimnis erklärt werden. Auch ein Regierungsgeheimnis ist kein Staatsgeheimnis, sondern nur ein Dienstgeheimnis. Diese Berechtigung, einen Vorgang zum Dienstgeheimnis zu erklären, steht der Behörde aber nicht gegenüber jedem Bürger zu, also nicht gegenüber dritten Personen, die nicht als Angehörige des öffentlichen Dienstes ausdrücklich eine besondere Dienstpflicht übernommen haben. Die Angehörigen eines Soldaten stehen in keinem derartigen Dienstverhältnis. Das Ministerium darf daher Angehörige nicht so behandeln, als ob sie selber Soldaten wären. Von ihnen kann somit nicht wirksam gefordert werden, etwas als ein Dienstgeheimnis durch Verschwiegenheit zu wahren.

Ein Staatsgeheimnis ist eine Nachricht, deren Geheimhaltung vor einer fremden Regierung für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist (§ 99 StGB). Ob ein Staatsgeheimnis vorliegt, richtet sich nicht danach, ob etwas als geheim bezeichnet wird. Es kommt vielmehr allein objektiv auf den sachlichen Inhalt an. Weder kann daher etwas, was kein Geheimnis ist, dadurch zum Geheimnis werden, dass irgendeine Stelle es für geheim erklärt, noch bedarf etwas, was objektiv seinem sachlichen Inhalt nach ein Geheimnis darstellt, noch zusätzlich einer Erklärung als Geheimsache, um erst dadurch zum Geheimnis zu werden. Mit anderen Worten: Es gibt keine Befugnis eines Ministeriums, etwas zur Geheimsache zu "erklären".

Immerhin war eine entfernte Möglichkeit denkbar, dass die Briefe der Bundeswehripiloten an ihre Angehörigen der Sache nach ein Staatsgeheimnis hätten sein können. Dies hing vom Inhalt der Briefe

ab. Wären sie ein Staatsgeheimnis gewesen oder hätte das Ministerium mit einigem Grund vermuten dürfen, dass es sich bei den Briefen um Staatsgeheimnisse handelte, so wird das Ministerium die Amtspflicht haben, solchen Personen, die von einem Staatsgeheimnis Kenntnis erlangten, darauf aufmerksam zu machen, dass eine kraft Gesetzes bestehende Geheimhaltungspflicht in Betracht komme; denn ein Ministerium hat dafür zu sorgen, dass ein Staatsgeheimnis nicht preisgegeben wird. Diese Amtspflicht dient dem Schutze des Staatsgeheimnisses, nicht aber kann in Erfüllung dieser Amtspflicht eine Geheimhaltungspflicht erst begründet werden.

Es war allerdings hier kaum anzunehmen, dass die Briefe der beiden Piloten an ihre Angehörigen ein Staatsgeheimnis sein konnten. Denn Senatspräsident am Bundesgerichtshof, Dr. Heinrich Jagusch, hat im führenden Erläuterungswerk zum Strafgesetzbuch (dem 'Leipziger Kommentar', Berlin 1957, Band I S. 659, Anm. 2 f zu § 99 StGB) zutreffend ausgeführt, dass nichts mehr ein Staatsgeheimnis sein kann, "was die fremde Regierung schon genau kennt und bestimmt weiss, mag das Interesse an der Geheimhaltung auch fortbestehen". In diesem Falle hier war vor der allein in Betracht kommenden Regierung der Tschechoslowakei nichts mehr geheimzuhalten, was ihr bereits durch ihre Briefkontrolle zur Kenntnis gekommen war.

Inzwischen sind die Briefe durch das Ministerium auch von der Presse veröffentlicht worden. Ihr Inhalt ergibt eindeutig, dass von einem Staatsgeheimnis keine Rede sein kann.

Zusammenfassend ist daher zu sagen: Das Bundesministerium für Verteidigung konnte die Sorge haben, dass die Briefe ein Staatsgeheimnis enthielten, wenngleich eine derartige Annahme nach Lage des Falles überaus unwahrscheinlich gewesen ist. Insoweit war das Ministerium verpflichtet und befugt, den Angehörigen der Piloten mit seinem Rat zur Seite zu stehen, um durch einen Hinweis auf eine möglicherweise kraft Gesetzes in Betracht kommende Geheimhaltungspflicht darauf hinzuwirken, dass die Angehörigen belehrt wurden und nichts an die Öffentlichkeit kam, was vielleicht ein Staatsgeheimnis hätte sein können. Dagegen war das Ministerium keinesfalls berechtigt, den Eindruck zu erwecken, als könne es von sich aus etwas zum Staatsgeheimnis "erklären", und den Angehörigen dadurch eine besondere Verpflichtung auferlegen.

In der Öffentlichkeit sollte nicht der falsche Eindruck entstehen, als ob es in der Macht einer Behörde liege, durch ihre Willensäußerung darüber selbständig zu bestimmen, was eine Geheimsache ist. Ein Ministerium muss sich darüber klar sein, dass ihm dies nicht zusteht. Es kann dem freien Staatsbürger keine Pflichten auferlegen, die nicht ohnehin ihm durch Gesetz aufgebürdet sind.

### Getrübte Beziehungen Belgrad - Washington

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Während Präsident Eisenhower auf seiner " Missionsreise des guten Willens " kurze politische Höflichkeitsbesuche auch in den südlichen Nachbarstaaten Jugoslawiens macht, schliesst ein weiteres Kapitel im Buch der amerikanisch-jugoslawischen Beziehungen mit leichtem Unwillen. Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren sind die wohlgemeinten Pläne gescheitert, persönliche Kontakte zwischen Staatsmännern der USA und Jugoslawiens zu arrangieren.

Stellvertretender Regierungschef Kardelj hat seine bereits offiziell angenommene Vortragsreise in die USA, wo er an der Harvard-Universität Vorlesungen über jugoslawische Geschichte und Politik halten sollte, wegen "Arbeitsüberlastung" vorläufig abgesagt. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass das nicht verwirklichte Vorhaben einer Besuchsreise des Staatspräsidenten Tito in die USA massgeblich die Entscheidung Kardeljs bestimmt hat. Alles dies dürfte sich kaum positiv auf das amerikanisch-jugoslawische Verhältnis auswirken.

Wenngleich nicht in direktem Zusammenhang mit dem Nichtzustandekommen eines persönlichen Kontaktes Eisenhower-Tito stehend, gewinnt in letzter Zeit gleichfalls die Frage an Interesse, wie sich in Zukunft die amerikanisch-jugoslawischen Finanzbeziehungen gestalten werden. Auf dem Hintergrund eines sich in den USA abzeichnenden, durch interne Gründe verursachten Sparsamkeitstrends vermuten einige ausländische Beobachter in Belgrad, dass auch die bisherige Höhe der US-Kredite für Jugoslawien von dieser Entwicklung betroffen werden könnte.

Sollte sich dies in stärkerem Umfange bestätigen, dürfte es zweifellos eine weit gewichtigere Belastung für die Kontinuität der jugoslawischen Politik darstellen als der nicht verwirklichte Besuch Marschall Titos in die USA. Diesen Ausfall versucht Belgrad, und kann es in einem gewissen Ausmaße, durch eine noch betontere blockfreie Neutralitätspolitik zu kompensieren, ohne zu irgendwelchen Reformen seiner Aussenpolitik gezwungen zu sein. Eine Einschränkung der Auslandskredite jedoch könnte die Wirtschaftspolitik Jugoslawiens und möglicherweise auch sein dezentralisiert-marktorientiertes Wirtschaftssystem vor die Frage stellen, woher die notwendigen Mittel für die weitere Industrialisierung des Landes zu beschaffen wären. Die beiden theoretisch denkbaren Alternativlösungen wären innenpolitisch gleich unerfreulich: Die Einschränkung der bisher auffallend schnellen Wirtschaftsentwicklung oder aber gewisse Abstriche an der bisher recht stark konsumorientierten Wirtschaftspolitik zugunsten der weiteren Beibehaltung des Aufbaus. Unter diesen Gesichtspunkten wird es auch für Belgrad von Interesse sein, was seine noch in viel stärkerem Maße finanzbedürftigen Nachbarn während Eisenhowers Aufenthaltes in Ankara und Athen in dieser Hinsicht ausgehandelt haben.

### Mangelndes Taktgefühl

sp - Von Bürokraten wird im allgemeinen nicht allzuviel Takt und Fingerspitzengefühl erwartet. Damit muss man sich wahrscheinlich abfinden. Wenn aber gar zu grobe Verätsse oder Missachtung politisch-psychologischer Gegebenheiten erfolgen, dann ist Kritik geboten.

Einer lebensfremden, politisch verkalkten Ministerialbürokratie ist es zuzuschreiben, dass auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Weltausstellung in New Delhi, die vom Präsidenten Eisenhower eröffnet wurde, neben dem Sternentanner und den Flaggen ungezählter Nationen auch die Flagge der DDR aufgezogen wurde - nur die bundesrepublikanische fehlt, weil irgendein Schreibtischbeamter im Ministerium für Landwirtschaft und Forsten die grosse politische Bedeutung dieser Ausstellung verkannt oder übersehen hat. Zweimal ist die indische Regierung bei Bonner offiziellen Stellen wegen dieser Ausstellung vorstellig geworden, sie hatte sogar einen grossen Platz freigehalten, aber jedesmal kam ein abschlägiger Bescheid. Ein Bonner Bürokratenkopf gab so den Herren von Pankow eine wunderbare Gelegenheit, sich im Angesichte vieler Nationen in New Delhi als "die deutschen Vertreter" aufzuspielen.

Ein gleicher Geist des Unverständnisses scheint bei der Stelle der Bundesregierung zu bestehen, die über Unterstützungen für die Opfer von Elementarkatastrophen zu entscheiden hat. Viel Leid ist über die französische Revierastadt Fréjus hereingebrochen. Die ganze Welt fühlt mit diesen unglücklichen Menschen und bekundete ihr Mitleid. Die Bundesregierung tat es auf ihre Weise. Sie spendete den Betrag von 50 000 DM. Kleinere Länder gaben viel mehr. Die bisherige Spendenliste beträgt 22 Millionen DM, das reiche Bonn steht mit seinen 50 000 DM an letzter Stelle! Die Bundesregierung beruft sich so oft auf die bestehende deutsch-französische Freundschaft, hier wäre Gelegenheit gewesen, sie im Menschlichen durch unauffällige Grosszügigkeit zu beweisen. Aber dazu fehlte es an Takt und Fingerspitzengefühl.

+ + +

### Ein Leben für die Demokratie

sp - Es gibt einen Bundestagsabgeordneten, der seiner Kollegen gern mit verschmitztem Lächeln ein Schnippchen schlägt. Er heisst Jacob Altmaier. Vor kurzem wurde er 70 Jahre alt - was ihm im übrigen kaum jemand glaubt - aber nur wenige Freunde wussten es. Jacob hatte in diesen Tagen Bonn den Rücken gekehrt. Jacob Altmaier, der "Abgeordnete von Hansau", gehört zu den Stillen im Bundestag. Trotzdem, seine Leistung für Deutschland ist gross und verdient allgemeine Anerkennung. Das Zustandekommen des Israel-Vertrages und die Vollerfüllung der Wiedergutmachungs-Gesetzgebung gehören zu jenen Werken, die das Ansehen Deutschlands im Ausland so verhältnismässig schnell wieder festigten. Jacob Altmaier war an dieser Leistung massgebend beteiligt. Die Bescheidenheit von Jacob Altmaier ist sprichwörtlich. Mit seinen 70 Jahren blickt er auf ein ausgefülltes Leben zurück, auf ein Leben, das nicht frei von Gefahren war und der Einsatz der ganzen Menschen im Kampf um die deutsche Demokratie erforderte. Der in Flörsheim am Main geborene Jacob Altmaier stammt aus einer alten hessischen Familie. Schon in jungen Jahren hatte er sich der aufstrebenden Arbeiterbewegung angeschlossen. Die Machthaber des Dritten Reiches vertrieben ihn aus Deutschland, aber sofort nach 1945 stellte er sich dem Aufbauwerk zur Verfügung. Sein vornehmer, ausgleichendes Wesen liess ihn viele Freunde gewinnen, deren Glückwünschen zum Geburtstag auch wir uns anschliessen.

+ + +

## Der moderne englische Sozialismus

Auf dem kürzlich in Blackpool stattgefundenen Parteitag der britischen Arbeiterpartei hat deren parlamentarischer Oppositionsführer Gaitskell eine beachtliche Rede gehalten, von der wir wesentliche Auszüge veröffentlichen. Die Redaktion.

In allen Diskussionen nach den Wahlen ist unsere Wahlkampfführung nur wenig kritisiert worden. Zweifellos sind manche Fehler gemacht worden. Aber die meisten Leute meinen übereinstimmend, daß unsere Organisation gut, unser Programm gut und der Geist unserer Mitarbeiter ausgezeichnet war. Wenn diese Tatsachen das Ergebnis zu einer um so größeren Enttäuschung machen, so sind sie gleichzeitig der Silberstreifen am Horizont unserer Niederlage. Sie sind die Grundlagen, auf denen wir unseren zukünftigen Sieg bauen können.

Warum haben wir trotz diesen günstiger Faktoren die Wahl verloren?

Erstens hat sich der Charakter der Arbeiterschaft geändert. Es gibt weniger Bergarbeiter und mehr Ingenieure; weniger Landarbeiter und mehr Verkäufer; weniger Handarbeiter und mehr Angestellte; weniger Eisenbahner und mehr wissenschaftliche Arbeiter. Überall entwickelt sich das Schwergewicht weg von der schweren körperlichen Arbeit und in der Richtung auf die Aufsicht über Maschinen, die kaufmännischen Berufe und die Angestelltenberufe. Das ist ein Ergebnis des technischen Fortschritts, und wir müssen es sicher begrüßen. Aber es bedeutet, daß der typische Arbeiter der Zukunft eher ein Mann in einem weißen Mantel sein wird, der in einer hellen modernen Fabrik Uhren abliest, als ein schlechtbezahlter Textilarbeiter in einer dunklen Baumwollspinnerei des 19. Jahrhunderts.

### Keine Angst mehr vor der Arbeitslosigkeit

Die zweite große Änderung ist das Fehlen ernster Arbeitslosigkeit und sogar der Angst davor. Wir haben zwar einen kleinen Wirtschaftsrückgang gehabt, und in manchen Teilen des Landes gibt es noch immer Arbeitslosigkeit. Aber der Kontrast zu früheren Zeiten ist doch ungeheuer. Heute sprechen wir von ernster Arbeitslosigkeit, wenn sie über zwei Prozent geht. In den Jahren zwischen den Kriegen lag sie nie unter zehn Prozent.

Natürlich begrüßen wir den Wandel zur Vollbeschäftigung; wir sind darauf stolz, daß wir einen großen Teil dazu beigetragen haben. Die Änderung wäre nie erfolgt, wenn nicht die Arbeiterbewegung immer wieder verlangt hätte, daß die Regierung die Vollbeschäftigung erhalten muß, und daß, um dies durchzusetzen, die Macht des Staates über die Wirtschaft vergrößert werden muß. Gerade das ist geschehen.

Das sind große Änderungen. Sie sind vielleicht noch nicht weitgehend genug. Aber meiner Ansicht nach genügen sie, um es unwahrscheinlich zu machen, daß wir je wieder die großen Krisen der Vorkriegszeit erleben werden. Kleinere Rückschläge werden wir haben. Der Fortschritt unter einer konservativen Regierung wird langsamer sein, als er sein müßte. Trotzdem dürfen wir wahrscheinlich eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen erwarten.

Zur Vollbeschäftigung kommt der Wohlfahrtsstaat - ebenfalls eine Errungenschaft, auf die wir stolz sein können. Wir betonen mit Recht, wieviel noch geschehen muß. Wir haben sogar den Wahlkampf hauptsächlich mit Vorschlägen für dringend notwendige Verbesserungen des Wohlfahrts-

staates geführt. Trotzdem kann man nicht leugnen, daß für die meisten Menschen der Wohlfahrtsstaat einen gewaltigen Unterschied gegenüber früher bedeutet. Leider ist Dankbarkeit keine verlässliche politische Aktivpost.

Was übrigens die Verbesserungen in der Lebenshaltung betrifft, sind vor allem die Annehmlichkeiten und Vergnügungen im Haus verbessert worden. Das Fernsehen hat die Mußestunden der meisten Menschen umgewandelt. Waschmaschinen, Kühlschränke und moderne Kochherde machen das Leben der Frauen leichter. Auch der Urlaub ändert sich. Es ist wahr, daß auch heute viele Leute noch keine Urlaubsreisen machen, aber es fahren doch viel mehr auf Urlaub als früher. Und vor allem sind da die Autos. Nicht nur haben viel mehr Leute als früher Automobile, sondern noch mehr hoffen, sie bald zu bekommen.

Was geschehen muß und was nicht geschehen darf

Und überall in den Teilen des Landes, wo es wirtschaftlich gut geht, hört man von jungen Ehepaaren, die aus alten Häusern in Arbeiterbezirken in neue hübsche Wohnanlagen übersiedeln, die gewöhnlich von sozialistischen Gemeindeverwaltungen gebaut sind. Dort verlieren sie ihre Treue zur Arbeiterpartei und stimmen konservativ.

Was ist zu tun? Einige verzweifelte Heilmittel sind vorgeschlagen. Man hat vorgeschlagen, dass wir ein Bündnis mit den Liberalen schließen. Diesen Vorschlag können wir zum Fenster hinauswerfen. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß uns ein solches Bündnis irgend etwas nützen würde.

Es ist auch vorgeschlagen worden, daß wir unseren Namen ändern sollten. Auch diesen Vorschlag können wir zum Fenster hinauswerfen. Unser Name Arbeiterpartei erweckt die Treue vieler Millionen britischer Männer und Frauen. Die Snobs werden auch nicht beeinflusst werden, wenn wir ihn ändern.

Dann ist noch ein dritter verzweifelter Vorschlag, den wir zum Fenster hinauswerfen sollten - der Vorschlag, daß die Arbeiterpartei das Bündnis mit den Gewerkschaften aufgeben soll. Aus denselben Kreisen kommt der Vorschlag, daß die Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse das Bündnis mit der Arbeiterpartei abbrechen sollen. Dieser Rat ist nicht ehrlich. Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei sind Teile derselben großen Arbeiterbewegung, und unsere enge Verbindung ist unsere Stärke.

#### Wilde Streiks schaden

Zweifellos haben wilde Streiks den Wahlausichten der Arbeiterpartei geschadet, ebenso haben sie auch die Beliebtheit der Gewerkschaften bei der Öffentlichkeit beeinträchtigt. Aber das wissen die Gewerkschaften selbst, und wir können es ihnen überlassen, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wir müssen in der Propaganda Gewicht auf Fragen legen, die besonders die jungen Leute interessieren. Das sind meiner Meinung nach: die Sache der kolonialen Freiheit; der Schutz des Einzelmenschen gegen die Bürokratie; der Widerstand gegen den schmutzigen Geschäftsgeist, der unsere Landschaft zerstört und unsere Städte bedroht; ein großes Interesse für Sport und für Kunst.

Man sagt manchmal, daß wir uns zu sehr für die Unterprivilegierten, die armen Teufel, einsetzen. Es ist wahr, daß es von diesen heute weniger gibt als früher und daß sie uns infolgedessen weniger Stimmen einbringen. Aber wir müssen uns trotzdem für sie einsetzen!

#### Die moderne Partei des Jahrhunderts.

Ich komme jetzt zur Frage der Verstaatlichung. Warum ist die Verstaatlichung etwas, wodurch man Stimmen verliert? Erstens sind, glaube



ich, die bestehenden verstaatlichten Industrien unpopulär - meistens aus Gründen, die mit der Verstaatlichung nichts zu tun haben. Die Autobusse in London sind zum Beispiel überfüllt und langsam, aber nicht durch Schuld ihrer Verwaltung, sondern wegen der Londoner Verkehrsverhältnisse, die von der Regierung vernachlässigt worden sind. Die Verstaatlichung wird aber erst dann wirklich populär werden, wenn alle verstaatlichten Industrien mindestens so gut arbeiten wie die besten Privatindustrien.

Der zweite Grund, warum die Verstaatlichung unpopulär ist, liegt in der Verwirrung der Öffentlichkeit über unsere zukünftige Politik. Das ist zum Teil eine Folge der Verleumdungen unserer Gegner. Tausende und vielleicht Millionen von Wählern wurden in den Glauben versetzt, wir wollten jede private Fabrik verstaatlichen, wie gut sie auch immer arbeitet.

#### Die große Bewegung aller Unterdrückten

Ich stimme mit keinem der beiden extremen Standpunkte überein. Manche Leute sagen, wir sollten für immer die gegenwärtigen Grenzen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor annehmen. Wir können das nicht tun. Das würde bedeuten, daß alles im privaten Sektor so gut funktioniert, daß wir nie eingreifen wollen. Aber der private Sektor funktioniert zum Teil gar nicht gut. Das heißt nicht, daß wir alle Industrien verstaatlichen wollen, die kritisiert worden sind, aber wir können uns keineswegs binden, daß keine zukünftige Arbeiterregierung jemals diesbezüglich etwas tun wird.

Ich will jetzt zu unseren Grundprinzipien zurückgehen und diese nochmals erläutern:

Erstens sind wir eine breite Bewegung der Menschen im Interesse der Unterdrückten - im Interesse aller, die in Not oder Schwierigkeiten sind.

Zweitens glauben wir an soziale Gerechtigkeit und an eine gerechte Verteilung von Reichtum und Einkommen. Wir verlangen keine Gleichmacherei. Aber wir verlangen, daß die Unterschiede nichts mit dem Zufall der Geburt zu tun haben sollen, sondern mit der Anstrengung, Geschicklichkeit und schöpferischen Energie, die jeder einzelne für das Gemeinwohl beiträgt.

Drittens glauben wir an eine klassenlose Gesellschaft - eine Gesellschaft ohne Snobismus, Privilegien und soziale Schranken.

Viertens glauben wir an die grundsätzliche Gleichheit aller Rassen und aller Nationen. Wir sind gegen alle Schranken, die auf Hautfarbe oder Rasse, Religion oder Nationalität beruhen. Wir glauben an die Brüderschaft der Menschen.

Fünftens hat der englische Sozialismus immer ein wesentliches Element des persönlichen Idealismus enthalten. Was in Suva, in Ungarn, in Ostafrika geschehen ist, halten wir für eine Schande. Wir glauben, daß das Streben nach materiellem Vorteil allein leer und unfruchtbar ist; daß in einer guten Gesellschaftsordnung die menschliche Persönlichkeit sich voll entfalten und die Beziehungen der Menschen auf der Grundlage der kameradschaftlichen Zusammenarbeit aufgebaut sein sollen.

Sechstens glauben wir, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehen muß. Die Einzelmenschen sollen zwar trachten, für sich und ihre Familie zu sorgen, aber das Streben nach privatem Gewinn soll nicht den Vorrang vor dem öffentlichen Wohl haben.

Schließlich glauben wir, daß diese Dinge in freier und demokratischer Selbstverwaltung erzielt werden müssen. Wir wollen sie für uns aufrechterhalten und anderen dazu verhelfen. Das sind meiner Meinung nach die wesentlichen Grundlagen des Sozialismus. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel